

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2021

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Institutionen: Konferenz zur Zukunft Europas	1
EU-Kommission: Lehrmaterialien gegen Desinformation	1
EU-Parlament: REGI für geschlechtergerechte Kohäsionspolitik	1
EU-Kommission: Neue Strategien gegen organisierte Kriminalität und Menschenhandel	2
EU-Kommission: Strategie für freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung	2
Europäische Solidaritätskorps: Bewerbungsfrist gestartet.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Großbritannien: Perspektiven schottischer Kinder auf den Brexit	3
Malta: Konsultation von Kindern zum öffentlichen Raum	3
Bulgarien: Entschädigung für Eltern bei fehlenden Betreuungsplätzen	3
Tschechien: Pilotprojekt für kostenlose Mahlzeiten in Kitas.....	4
Frankreich: Mehr Unterstützung für frühkindliche Betreuungseinrichtungen	4
Lettland: Einmalige Unterstützungszahlung für Kinder in Einrichtungen	4
Schweiz: EKFF legt Berechnung für Elternzeitvorschlag vor	4
Weitere Nachrichten	5
Eurochild: Informationen für Kinder zur EU-Kinderrechtsstrategie.....	5
Eurochild: Kampagne anlässlich der EU-Kindergarantie und der EU-Kinderrechtstrategie	5
EEG Stellungnahme zur EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021 bis 2030.....	5
AGE Platform Europe: Aufruf zu einer UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen.....	6
Solidar Foundation: A Just Transition for Social Justice.....	6
Berichte und Studien	6
EU-Parlament: Studie zur Situation gleichgeschlechtlicher Paare und Eltern in der EU.....	6
EU-Kommission: Studie zur Nutzung von elektronischen Gutscheinkarten im Rahmen des ESF+	7
Eurocities: Bericht zu Kinderarmut in Europäischen Städten	7
Studie zur Aufteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8



Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Institutionen: Konferenz zur Zukunft Europas

Die Konferenz zur Zukunft Europas wurde in einem Exekutivausschuss aus Vertreter:innen des EU-Parlaments, des Rates der EU und der EU-Kommission geplant. Als erste EU-weite Plattform zum politischen Austausch von Bürger:innen soll sie die politische Teilhabe fördern und EU-Politik transparenter und bürgernäher gestalten. Die Konferenz wird über EU-weite Online-Veranstaltungen und den Austausch auf der Plattform stattfinden. Die Veranstaltungen werden zum Teil von EU-Institutionen angeboten, es können aber auch lokale und nationale Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen Veranstaltungen anmelden. Die Plattform zum Bürger:innen-Dialog steht in den 24 Amtssprachen der EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung. Geplante Themen der Konferenz zur Zukunft Europas sollen unter anderem Klimawandel und Umweltschutz, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, digitaler Wandel, Demokratie sowie Bildung und Jugend sein. Bürger:innen und Organisationen können darüber hinaus weitere Themen und Fragen einbringen, die für sie wichtig sind.

- [Konferenz zur Zukunft Europas](#)

EU-Kommission: Lehrmaterialien gegen Desinformation

Die EU-Kommission hat eine neue Toolbox mit Lehrmaterialien für die Sekundarstufe vorgestellt, die zur Sensibilisierung der Schüler:innen für Desinformation beitragen sollen. Die Materialien stehen in allen EU-Sprachen zur Verfügung und können von allen Bildungseinrichtungen genutzt werden. Sie sollen zu Diskussionen anregen und die Fähigkeit vermitteln, eine kritische Perspektive auf Inhalte zu entwickeln und mit Widersprüchlichkeiten umzugehen. Dies wird anhand der Themen Demokratie, kulturelle Werte und öffentliche Gesundheit vermittelt. Die Toolbox bildet eine Ergänzung zu bestehenden EU-Maßnahmen gegen Desinformation, die anlässlich kursierender Fake News zur Corona-Pandemie bereits im Jahr 2020 verstärkt wurden.

- [Lehrmaterialien "Entlarve und bekämpfe Desinformation"](#)
- [Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 – Fakten statt Fiktion](#)
- [EU-Aktionsplan gegen Desinformation](#) 





EU-Parlament: REGI für geschlechtergerechte Kohäsionspolitik

Der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) im EU-Parlament weist darauf hin, dass die Covid-19-Pandemie Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen besonders hart getroffen habe. So sei die berufliche Belastung insbesondere in den Branchen erhöht, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind. Auch die Doppelbelastung durch Kinderbetreuung und Beruf unter Bedingungen der Pandemie würde vor allem von Frauen getragen oder Mütter schieden aus diesem Grund aus dem Arbeitsmarkt aus. Die Gleichstellung der Geschlechter als Grundwert der EU müsse sich insbesondere mit Blick auf die Zeit nach der Pandemie in konkreteren politischen Maßnahmen niederschlagen. Dafür müsse auch die Kohäsionspolitik genutzt werden. Regionale Unterschiede in der Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen, Bildungs- und Ausbildungsangeboten verstärkten auch die Geschlechterunterschiede im Bereich der Erwerbsbeteiligung und Qualifikation. Der Ausschuss fordert klare Vorschriften zur Implementierung von Gleichstellungspolitik in allen Programmen und Aktionsplänen der EU.

- [REGI: Entwurf eines Berichts über die geschlechtsspezifische Dimension in der Kohäsionspolitik](#) 

EU-Kommission: Neue Strategien gegen organisierte Kriminalität und Menschenhandel

Die EU-Kommission hat neue Strategien gegen Menschenhandel und organisierte Kriminalität vorgelegt. Im Bereich der organisierten Kriminalität sollen Täternetzwerke grenzübergreifend online und offline besser verfolgt werden können. Da über 70 Prozent der kriminellen Netzwerke in mehr als drei EU-Mitgliedstaaten aktiv seien, soll die Strategie eine wirksamere Kooperation von Justiz und Polizei über Ländergrenzen hinweg und angemessene Ermittlungsstrategien für das digitale Zeitalter ermöglichen. Zur Bekämpfung des Menschenhandels steht neben verbesserter Strafverfolgung die Bekämpfung der Nachfrage im Zentrum: Um Menschenhandel zu stoppen, müssten die betroffenen Branchen stärker überwacht werden. Vorgeschlagen werden eine Überarbeitung der Vorschriften für Arbeitgeber und öffentlichkeitswirksame Informationskampagnen. Geprüft werden solle die Möglichkeit, die Inanspruchnahme von Dienstleistungen bei Opfern von Menschenhandel unter Strafe zu stellen. Die Strategie soll außerdem den Opferschutz verbessern, insbesondere für Frauen und Kinder.

- [Bekämpfung der organisierten Kriminalität: neue Strategie für die kommenden fünf Jahre](#)  
- [Bekämpfung des Menschenhandels: Eine neue Strategie](#)  

EU-Kommission: Strategie für freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung

Die EU-Kommission hat eine Strategie für freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung vorgestellt, die Menschen ohne Bleiberecht in Europa zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer bewegen soll. Sie ist Bestandteil des neuen Migrations- und Asylpakets und enthält praktische Maßnahmen zur Umsetzung des dort formulierten Ziels einer umfassenderen Rückkehr von Asylbewerber:innen ohne Bleiberecht. Dazu will die Kommission die Verfahren in allen Mitgliedstaaten angleichen und Möglichkeiten für hochwertige Rückführberatung schaffen. Vorgesehen ist, dass auch Kinder und Jugendliche nach solchen Beratungsleistungen in ihre Herkunftsländer rückgeführt werden können. In der Strategie angekündigt wird, dass diese Beratungen kindgerecht durchgeführt werden und das Kindeswohl bei der Entscheidung über eine Rückführung eine hohe Priorität habe. Durchgeführt werden sollen diese Beratungen unter anderem von der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex, deren Mandat dafür erweitert werden soll.

- [Die EU-Strategie für freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung](#) 

Europäische Solidaritätskorps: Bewerbungsfrist gestartet

Organisationen und Freiwillige können aktuell Vorschläge für Projekte im Rahmen des Solidaritätskorps für die Jahre 2021-2027 einreichen. Das Europäische Solidaritätskorps fördert junge Menschen, die sich im Rahmen von Freiwilligenarbeit für gesellschaftliche und humanitäre Ziele in der EU einsetzen möchten. Ab dem kommenden Jahr ist in diesem Rahmen auch das freiwillige Engagement in Drittstaaten möglich. Besonders im Zentrum stehen dabei die Bereiche Inklusion und Vielfalt, Umweltschutz, digitaler Wandel und demokratische Partizipation. Aktuell liegt dabei ein Fokus auf Projekten zu Förderung der öffentlichen Gesundheit, vor allem im Bereich der Überwindung der Covid-19-Pandemie. Vorschläge einreichen können staatliche Institutionen, private Organisationen und Gruppen junger Menschen, die selbst ein Projekt organisieren möchten. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Oktober 2021.

- [Europäisches Solidaritätskorps: Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Großbritannien: Perspektiven schottischer Kinder auf den Brexit

Die schottische Kinderrechtsorganisationen Children in Scotland und Together haben ein Panel von Kindern und Jugendlichen ins Leben gerufen, das die Perspektiven junger Schott:innen vertreten soll. Die jungen Panel-Mitglieder haben mithilfe von Expert:innen zu ausgewählten Themenbereichen Empfehlungen für die Zeit nach dem Brexit ausgearbeitet. Die Ergebnisse sind jetzt im Bericht „Young Brexit Voices: It's Our Future Too“ erschienen. Das Panel fordert, dass Großbritannien die ehemaligen EU-Förderungsmöglichkeiten mindestens auf dem gleichen Niveau wie vor dem Brexit fortführt. Über die Angebote solle außerdem öffentlichkeitswirksam informiert werden. Im Bereich der Gesundheit wird gefordert, bestehende Kooperationen im Bereich der Forschung weiterzuführen. Die Jugendlichen fordern rechtsbasierte Bildungskonzepte, die Kinder über ihre Grundrechte aufklären und die Achtung dieser Rechte in der Schule. Austauschprogramme mit EU-Staaten sollten fortgesetzt werden. Die Empfehlungen sind die zweite Veröffentlichung des Panels zum Thema Brexit. „Listen to Us“ ist im Jahr 2018 erschienen und enthält Empfehlungen der Kinder und Jugendlichen zu den Themen Wirtschaft und Arbeit, EU-Förderungsmöglichkeiten, internationalem Austausch in Studium und Jobs, Rechte und den Umgang mit Unsicherheiten.

- [Children and Young People's Panel on Europe: Young Brexit Voices. It's Our Future Too.](#)  
- [Listen to us. A report in Brexit by the Children and Young People's Panel on Europe.](#)  

Malta: Konsultation von Kindern zum öffentlichen Raum

Die Malta Foundation for the Wellbeing of Society hat eine Konsultation mit 900 Kindern in Malta über ihre Zufriedenheit mit dem öffentlichen Raum durchgeführt. Die Konsultation stand vor dem Hintergrund, dass das Recht auf Spiel und Freizeit Bestandteil der UN-Kinderrechtskonvention ist, womit auch Umgebungen und Räume zur Nutzung eingeschlossen sind. In der Studie wurden qualitative und quantitative Befragungen kombiniert. In den qualitativen Interviews nannten die befragten Kinder am häufigsten den Wunsch nach grün bepflanzten, umweltfreundlichen Flächen, nach Platz und Spielgeräten, Räumen drinnen und draußen sowie nach Einrichtungen wie Toiletten, Wickelplätzen und Trinkwasserspender. Außerdem häufig genannt wurde das Bedürfnis nach Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum. Auch die Zugänglichkeit für Kinder mit Behinderungen wurde häufig angeführt. Die Foundation for the Wellbeing of Society plant, die Ergebnisse in Ansätze für einen inklusiven lebenswerten öffentlichen Raum zu integrieren.

- [Ergebnisse der Konsultation von Kindern in Malta zum öffentlichen Raum](#)  

Bulgarien: Entschädigung für Eltern bei fehlenden Betreuungsplätzen

In Bulgarien haben Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt das Recht auf Betreuung in öffentlichen Kitas. Da nicht ausreichend Plätze in öffentlichen Betreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen, können jedoch nicht alle Familien dieses Recht beanspruchen. Das bulgarische Ministerium für Bildung und Wissenschaft hat nun angekündigt, dass Familien eine Entschädigung erhalten, wenn sie aufgrund fehlender öffentlicher Betreuungsplätze eine private Einrichtung bezahlen müssen. Die Kosten werden jedoch nur bis zu dem Betrag erstattet, der den üblichen staatlichen Ausgaben für die Betreuung im Vorschulbereich entspricht.

Tschechien: Pilotprojekt für kostenlose Mahlzeiten in Kitas

In den tschechischen Regionen Karlsbad und Ústí nad Labem wird mit Beginn des kommenden Schuljahres ein Pilotprojekt gestartet, mit dem Kinder kostenlose Kita-Mahlzeiten bekommen können. Das Angebot richtet sich an Kinder ab vier Jahren, die eine staatliche, kirchliche oder private Kita besuchen. Die Mittel von 20 Millionen tschechischen Kronen (ca. 770.000 Euro) werden über gemeinnützige Organisationen in Zusammenarbeit mit den Kitas verteilt, die die Familien kennen und auswählen können. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport hat das Pilotprojekt konzipiert und möchte damit mehr Familien motivieren, ihre Kinder in einer Kita betreuen zu lassen. Da die frühkindliche Bildung und Betreuung in Einrichtungen die Chancen auf Schulerfolg erheblich verbessere, sollten Kinder nicht aufgrund der finanziellen Verhältnisse ihrer Familien davon ausgeschlossen werden.

Frankreich: Mehr Unterstützung für frühkindliche Betreuungseinrichtungen

Die französische Familienkasse hat angekündigt, im Jahr 2021 zusätzliche finanzielle Mittel von insgesamt 200 Millionen Euro für Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung bereitzustellen. Damit solle sichergestellt werden, dass auch während der Pandemie eine hochwertige frühkindliche Betreuung aufrechterhalten wird, die zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten beitrage und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermögliche. Die Mittel fließen in Hilfen für Kitas, um Schließungen aufgrund des beschränkten Betriebs durch die Pandemie zu vermeiden. Außerdem sollen Krippenplätze, insbesondere in sozial benachteiligten Gegenden gefördert werden. Auch Tagesmütter sollen mit den Mitteln unterstützt werden. In Frankreich gibt es seit 2010 die Möglichkeit für Tagesmütter, sich gemeinsam mit bis zu drei weiteren Tagesmüttern zusammenzuschließen und gemeinsame Räumlichkeiten anzumieten. Diese Betreuungsform wird mit den geplanten Mitteln gefördert, um den Beruf der Tagesmutter aufzuwerten und die Betreuungsplätze in diesem Bereich zu sichern. Alle Formen der frühkindlichen Betreuung sollen zudem durch ein nationales Beratungszentrum der Familienkasse unterstützt werden, das Einrichtungsleitungen zu den Themen Bildung, Recht, Haushalt und Immobilien informiert.

Lettland: Einmalige Unterstützungszahlung für Kinder in Einrichtungen

Die lettische Regierung hat eine einmalige Unterstützungszahlung in Höhe von 500 Euro für Kinder, die in Einrichtungen leben, beschlossen. Berechtigt sind Kinder, die in Betreuungseinrichtungen, Jugendgefängnissen und Einrichtungen der Jugendbewährungshilfe leben. Mit der Unterstützungszahlung sollen Auswirkungen durch die Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche abgefedert werden, die nicht in Familien leben. Sie sollen zwar von der Einrichtung beantragt und an diese ausbezahlt, aber ausschließlich für die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen verwendet werden. Die Leistung wird nicht mit anderen Sozialleistungen oder Schulden verrechnet.

Schweiz: EKFF legt Berechnung für Elternzeitvorschlag vor

Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) der Schweiz setzt sich für die Einführung einer Elternzeit in der Schweiz ein (s. [EuropaNews 03/21](#)). Für ihren Vorschlag hat die Kommission jetzt die Kosten neu berechnen lassen. Sie gibt an, dass das Modell jährlich pro Kind maximal 15.000 Franken (ca. 13.500 Euro) und insgesamt ca. 1,3 Milliarden Franken (ca. 1,2 Milliarden Euro) kosten würde. Für die Berechnung wurden die pro Jahr durchschnittlich 88.500 in der Schweiz geborenen Kinder, ein Elterngeld von 80 Prozent des Gehalts und die Inanspruchnahme der Elternzeit von 93 Prozent der Mütter sowie zwischen 74 und 86 Prozent der Väter zugrunde gelegt. Die Modellierung wurde mit Daten zur Inanspruchnahme aus Ländern mit ähnlichen Elternzeitmodellen gestützt. Zusätzlich zu den aktuellen Ansprüchen von 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und zwei Wochen





Vaterschaftsurlaub fordert die EKFF eine Elternzeit von 22 Wochen, die flexibel zwischen den Eltern aufgeteilt werden soll. Sechs Wochen davon sollen für die Väter reserviert sein, um eine aktive Vaterrolle zu fördern.

- [EKFF: Berechnung der Kosten für eine Elternzeit](#) 

Weitere Nachrichten

Eurochild: Informationen für Kinder zur EU-Kinderrechtsstrategie

Ziel der Europäischen Kommission war es, in die Entwicklung der EU-Kinderrechtsstrategie die Perspektiven von Kindern einfließen zu lassen. Die Organisation Eurochild hat nun eine Übersicht für Kinder erstellt, in der erklärt wird, welche Punkte aus der Konsultation mit den Kindern aufgenommen wurden und welche nicht. Im Konsultationsprozess wurden Kinder auch zu ihren Hoffnungen und Sorgen für die Zukunft befragt. Die Ergebnisse dieser Konsultation mit 10.000 Kindern und Jugendlichen im Alter von elf bis 17 Jahren waren im Bericht „Our Europe, Our Rights, Our Future“ publiziert worden (s. [EuropaNews 02/2021](#)).

- [Feedback to Children on the EU Strategy on the Rights of the Child](#)  
- [Kinderfreundliche Version der EU-Kinderrechtsstrategie](#)  
- [Bericht "Our Europe, Our Rights, Our Future"](#) 

Eurochild: Kampagne anlässlich der EU-Kindergarantie und der EU-Kinderrechtstrategie

Im März hat die EU-Kommission ihre Empfehlung für die Europäische Kindergarantie vorgestellt und die EU-Kinderrechtsstrategie beschlossen (s. [EuropaNews 03/21](#)). Eurochild hat nun die Kampagne #CanWeBelieveInYou? gestartet, mit der sie auf Fragen der Umsetzung aufmerksam machen will. Die Organisation verweist darauf, dass die Empfehlung „Investitionen in Kinder“ bereits im Jahr 2013 angenommen wurde und seitdem wenig Fortschritt in der Bekämpfung von Kinderarmut und in der Investition in die frühen Lebensjahre erzielt wurde.

- [Eurochild: #CanWeBelieveInYou?](#) 

EEG Stellungnahme zur EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021 bis 2030

Die European Expert Group on the transition from institutional to community-based care (EEG) hat eine Stellungnahme zu neuen EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen für den Zeitraum 2021 bis 2030 verfasst, in der sie Maßnahmen und Empfehlungen zu wichtigen Feldern der Strategie aufzeigt: 1. ein an die Mitgliedstaaten gerichteter Leitfaden für Verbesserungen für ein unabhängiges Leben von Menschen mit Behinderungen, 2. ein Rahmen für Sozialdienste für Menschen mit Behinderungen, 3. die Durchführung einer Studie über Sozialschutz und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen, 4. die Herausgabe eines Toolkits für die Inklusion in der frühkindlichen Bildung und Betreuung.

- [Die Empfehlungen von EEG](#)  
- [Factsheet zur EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021 bis 2030](#)  

AGE Platform Europe: Aufruf zu einer UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen

Die Organisation AGE Platform Europe fordert die EU auf, sich für eine UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen auszusprechen. Zivilgesellschaftliche Organisationen für die Rechte Älterer hatten auf Fortschritte zur Frage einer UN-Konvention beim diesjährigen Treffen der UN-Arbeitsgruppe für Fragen des Alters gehofft (s. [EuropaNews 03/21](#)). Im Rahmen des Treffens wurde vom UN-Kommissariat für Menschenrechte ein Bericht vorgestellt, aus dem hervorging, dass die Menschenrechte Älterer weltweit stärker geschützt werden müssten. Im Hinblick auf die Konvention wurden jedoch keine Fortschritte erzielt. Zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich weiter für die Konvention ein. In dem offenen Brief von AGE wird die EU aufgerufen, sich an der Schaffung einer zusätzlichen Arbeitsgruppe zu beteiligen, in der sich Expert:innen aus Mitgliedstaaten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wissenschaft austauschen könnten. AGE hat außerdem den Hashtag #EULEadsTheRally gestartet, der Aufmerksamkeit für das Anliegen erzeugen soll.

- [AGE Platform Europe: Offener Brief an die EU](#)  
- [Arbeitspapier des UN-Kommissariats für Menschenrechte zu den Rechten älterer Menschen](#)  

Solidar Foundation: A Just Transition for Social Justice

Die Solidar Foundation hat das Projekt „A Just Transition for Social Justice“ gestartet, das sich dafür einsetzt, den europäischen Wiederaufbau nach der Coronakrise und den Übergang in eine nachhaltige und digitalisierte EU sozial gerecht zu gestalten. Die European Climate Foundation unterstützt das Projekt, das bis zum Ende des Jahres läuft. Geplant ist die Entwicklung von Informationsmaterialien mit Möglichkeiten zum sozial gerechten Wandel, in denen auch Best Practices aufgeführt werden sollen. Das Projekt will außerdem bei zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Unterstützung des Anliegens werben und soziale NGOs mit umweltpolitischen Organisationen vernetzen. Geplant sind zudem Treffen mit Mitgliedern des EU-Parlaments und der EU-Kommission, um die Ziele des Projekts an politische Institutionen heranzutragen. Mit Veranstaltungen zur Information und Diskussion und einer Online-Kampagne soll die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für das Thema erhöht werden.

- [Solidar Foundation: A Just Transition for Social Justice](#) 

Berichte und Studien

EU-Parlament: Studie zur Situation gleichgeschlechtlicher Paare und Eltern in der EU

Das EU-Parlament hat eine Studie zur rechtlichen Situation von Regenbogenfamilien veröffentlicht. Damit gemeint sind gleichgeschlechtliche Paare mit oder ohne Kinder. Die Studie untersucht vor allem die Umsetzung ihres Rechts auf Bewegungsfreiheit und die Behandlung von gleichgeschlechtlichen Ehen und Lebenspartnerschaften bei der Überschreitung von Grenzen innerhalb der EU. Für Regenbogenfamilien besteht das Problem, dass ihre Partnerschaften und ggf. das Sorgerecht beider Eltern nicht in allen EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen anerkannt werden. Das kann dazu führen, dass Familien nach einem Umzug in einen entsprechenden Mitgliedstaat rechtlich anders behandelt werden. Ggf. verlieren sie damit den Zugang zu Familienleistungen der sozialen Sicherung und weitere Rechte, die im Herkunftsstaat selbstverständlich waren. Abschließend gibt die Studie Empfehlungen zu rechtlichen Änderungen, allen voran die Angleichung der Anerkennung von Regenbogenfamilien EU-weit.

- [Studie "Obstacles to the Free Movement of Rainbow Families in the EU"](#)  


EU-Kommission: Studie zur Nutzung von elektronischen Gutscheinkarten im Rahmen des ESF+

Die EU-Kommission hat eine Sammlung von Fallstudien zur Nutzung von elektronischen Gutscheinen für Leistungen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) veröffentlicht. Die sechs Fallstudien aus Belgien, Frankreich, Italien, Litauen und Spanien sollen zeigen, wie elektronische Gutscheinsysteme die Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs unterstützen können. Die wieder aufladbaren Magnetkarten können zum Bezahlen in ausgewählten Geschäften genutzt werden. Dadurch würden sich Verwaltungskosten erheblich reduzieren, da erhaltene Leistungen automatisch beim Abbuchen von der Karte erfasst würden. Außerdem müssten die Lebensmittel und weiteren Güter nicht durch Hilfsorganisationen eingekauft, gelagert und ausgegeben werden, wodurch Kosten gespart werden könnten. Es gebe zudem Hinweise darauf, dass die Nutzung elektronischer Gutscheinsysteme die Barriere für Berechtigte reduziere, Spenden anzunehmen. Da in einem normalen Lebensmittelgeschäft eingekauft werden könne, entstehe nicht das gleiche Stigma wie bei der Nutzung einer Lebensmittelausgabe.

- [EU-Kommission: e-Vouchers for the most deprived](#) 

Eurocities: Bericht zu Kinderarmut in Europäischen Städten

Die Organisation Eurocities unterstützt Städte im Rahmen der Initiative „Inclusive Cities for All“ dabei, die Europäische Säule sozialer Rechte auf lokaler Ebene umzusetzen. In diesem Rahmen hat Eurocities eine Untersuchung zu Kinderarmut in europäischen Städten durchgeführt. Es ist die vierte Umfrage dieser Art, bei denen sich jeweils an einem der Prinzipien aus der Säule orientiert wird. Der Fokus dieser Untersuchung lag auf Prinzip 11, das die Betreuung und Unterstützung von Kindern festschreibt. Untersucht wurde, welche Maßnahmen Städte speziell zur Bekämpfung von Kinderarmut ergreifen, wie sie die Chancengleichheit von Kindern fördern und welche Problemlagen in diesem Bereich noch bestehen. Der Bericht bezieht Daten aus 35 europäischen Städten in 18 Staaten ein, die bei zuständigen Behörden der Städte erhoben wurden. Der Bericht stellt Best Practices vor, weist aber auch auf bestehende Herausforderungen hin: Insbesondere für einkommensschwache Familien sei die Versorgung mit Wohnraum ein sich verschärfendes Problem. Weitere Probleme waren die pandemiebedingten Schulschließungen, da der Zugang zum Home Schooling für arme Familien erschwert sei, sowie die fehlende Finanzierung und Schwierigkeiten im Bereich der politischen Steuerung.

- [Eurocities: Fighting child poverty in European cities](#)  
- [Eurocities-Kampagne "Inclusive cities for all"](#) 

Studie zur Aufteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern

Eine gemeinsame Studie des französischen Nationalinstituts für Demografie und der Universität Lund berichtet von einer Angleichung in der Zeitverwendung für unbezahlte Arbeit bei Männern und Frauen. Aufgeführt wird, dass nachdem Frauen traditionell mehr Zeit für Tätigkeiten wie Kinderbetreuung und Hausarbeit verwenden, jüngere Paare und Familien die Aufgabenverteilung egalitärer zu gestalten scheinen. Verglichen wurden die Zeiten für Kinderbetreuung und Hausarbeit aus repräsentativen Zeitverwendungsstudien aus Frankreich, Italien, den Niederlanden, Schweden, Großbritannien und den USA. Einbezogen wurde der Zeitraum von Mitte der 1980er Jahre bis in die frühen 2010er Jahre. Demnach nähert sich die Zeitverwendung für unbezahlte Arbeit vor allem deshalb an, weil Frauen weniger Zeit für das Kochen aufwenden als zu Beginn des betrachteten Zeitraums. Die vermehrt aufgewendete Zeit bei Männern lag vor allem in der Kinderbetreuung, weniger bei der Hausarbeit. Im

Vergleich zeigt sich, dass sozialstaatliche Arrangements wie Elternzeiten und das Recht auf Teilzeitbeschäftigung die Aufteilung der Betreuungs- und Haushaltstätigkeiten innerhalb von Familien stark beeinflussen.

- [The Great Convergence: Gender and Unpaid Work in Europe and the United States](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
4. Mai 2021 Online	Social Summit - Who will hold the youth torch?	European Trade Union Confederation
4.-5. Mai 2021 Online	Social Platform's Flagship Conference Building Social Europe	Social Platform, Portuguese Presidency of the EU Council
5. Mai 2021 Online	Towards the full recognition of LGBTI rights across Europe- Strategic policy measures to implement the 2010 SOGI Recommendation	BMFSJ, Beobachtungsstelle für gesellschafts-politische Entwicklungen in Europa
6. Mai 2021 Online	Road to Porto: Delivering Social Rights for Young People	CESI YOUTH, European Parliament, StartNet
6. Mai 2021 Online	Cities Social Summit	Eurocities
10. Mai 2021 Online	Childrens' Participation online meeting	Eurochild
11. Mai 2021 Online	From words to actions. Shedding light on the S.H.I.F.T. towards meaningful inclusion in Europe	COFACE Families Europe
18. Mai 2021 Online	Breakfast Bytes Webinar-Series: Housing and other connetcted support for single mothers	COFACE Families Europe
20. Mai 2021 Online	Population Europe CPop Seminars Series: The Circular Flow of Care: Spillovers, Interruptions, and Leaks	Population Europe
3. Juni 2021 Online	Population Europe CPop Seminars Series: Age discrimination and the allocation of Covid-19 vaccines	Population Europe

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

